Zeitraum von zwei bis vier Minuten — bis zur Bewußtlosigkeit gewürgt. Aus dieser Art des Vorgehens und den tatbegleitenden Äußerungen des Angeklagten hat das Bezirksgericht den zutreffenden Schluß gezogen, daß er in Tötungsabsicht handelte. Die rechtliche Beurteilung der Tat als beendeter Versuch des Totschlags gemäß § 113 Abs. 1 Ziff. 3, Abs. 2 StGB ist unter den genannten Voraussetzungen nicht zu beanstanden.

Nicht auseinandergesetzt hat sich das Bezirksgericht mit dem Vorbringen des Angeklagten zur Beatmung der bewußtlosen Geschädigten. Die Begründung des erstinstanzlichen Urteils läßt nicht erkennen, ob das Bezirksgericht die Einlassungen des Angeklagten auch insoweit für unwahr erachtet oder sie zwar als zutreffend unterstellt, ihnen aber keine Bedeutung für die zu treffende Entscheidung beigemessen hat. Damit wurde verkannt, daß es auch bezüglich der vom Angeklagten angegebenen Hilfsmaßnahmen einer exakten Sachaufklärung bedarf, um das Ausmaß seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit richtig bestimmen und eine gerechte Strafe festsetzen zu können.

Seine im bisherigen Verfahrensverlauf getätigten Aussagen zu Art und Umfang der Hilfeleistung nach Eintritt der Bewußtlosigkeit des Opfers laufen insgesamt darauf hinaus, daß er Handlungen mit dem Ziel einer Normalisierung der Atmung der Geschädigten vornahm (Absaugen von Blut aus der Nase und Einblasen von Luft in die Nasenlöcher, Bewegen der Arme der Geschädigten im Wechsel u. a.). Nach der Darstellung des Angeklagten habe sie danach mehrmals tief Luft geholt und „ganz normal“ ausgesehen, woraufhin er überzeugt gewesen sei, daß ihr „nichts mehr passieren“ könne.

Hierzu ist mit Hilfe des bereits vom Bezirksgericht einbezogenen gerichtsmedizinischen Sachverständigen festzustellen, inwieweit sich aus den erhobenen Befunden Schlußfolgerungen hinsichtlich der Richtigkeit der Angaben des Angeklagten zur Hilfeleistung am bewußtlosen Opfer gewinnen lassen. Soweit danach von der Vornahme im einzelnen noch exakt zu klärender Hilfsmaßnahmen auszugehen ist, wird zu prüfen und zu beurteilen sein, ob sie geeignet waren, zur Abwendung der durch die beendete Versuchshandlung heraufbeschworenen akuten Gefahr des Todes Eintritts beizutragen. Ist dies den konkreten Umständen nach zu bejahen bzw. nicht auszuschließen, wird hinsichtlich des versuchten Totschlags, dessen Vorliegen auch durch nachträgliche Bemühungen zur Folgenabwendung nicht in Frage gestellt wird, infolge Vorliegens tätiger Reue von Strafe abzusehen sein (§ 21 Abs. 5 StGB). Der Angeklagte wäre in diesem Fall wegen der durch sein Handeln vollendeten schweren Körperverletzung nach Maßgabe des § 116 Abs. 1 und 2 StGB zu bestrafen. Erweist sich demgegenüber, daß zwar freiwillige und aktive, zur Folgenabwendung jedoch objektiv ungeeignete Bemühungen Vorlagen, sind die Anforderungen an das Vorliegen tätiger Reue nicht erfüllt. Derartige Bemühungen sind aber bei der Strafzumessung angemessen zu berücksichtigen (vgl. O.G. Urteil vom 19. Oktober 1984 — 5 OSB 27/84 —). Dementsprechend wird in Abhängigkeit vom Ergebnis der erforderlichen erneuten erstinstanzlichen Beweisaufnahme selbst dann, wenn es bei einem Strafausspruch wegen Totschlagsversuchs verbleiben sollte, ein deutlich geringeres Strafmaß in Betracht zu ziehen sein. Dabei wird auch dem Umstand größere Bedeutung beigemessen werden müssen, daß die Folgen der Tat durch eine relativ kurzzeitige ärztliche Behandlung behoben werden konnten und keine nachhaltigen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Geschädigten zu verzeichnen sind.

Bei der Vorbereitung der neuen Hauptverhandlung erster Instanz hat das Bezirksgericht zu beachten, daß ein Antrag des Arbeitskollektivs auf Zulassung eines gesellschaftlichen Verteidigers vorliegt. Dies wurde im bisherigen gerichtlichen Verfahren übersehen, und der insoweit beauftragte Bereichsleiter G. wurde als Kollektivvertreter geladen und vernommen. Damit blieb dem Kollektiv eine von ihm angestrebte und gesetzlich garantierte Form demokratischer Mitwirkung im Strafverfahren versagt. Es ist zu sichern, daß über den diesbezüglichen Antrag ordnungsgemäß entschieden und der gesellschaftliche Verteidiger bei der Wahrnehmung seiner Rechte unterstützt wird (§§ 54 Abs. 3, 197, 207 StPO).

СОДЕРЖАНИЕ

Юристы ГДР поддерживают международный призыв юристов против ядерной войны (Заявление юристов ГДР)	390
В. ВАЙХЕЛЬТ — Октябрьская революция и социалистическая демократия	392
Г. ВЕНДЛАНД — Всеобщая амнистия — свидетельство обеспечения прав граждан и гуманизма	396
Э. БУХХОЛЫД — Отмена смертной казни в ГДР	398
В. ПЕЛЛЕР — Контрторские компьютеры в деятельности судов и нотариатов	401
Б. ФРАЙ — Расторжение договора о направлении по трудовому праву (в случае временной работы трудящихся на другом предприятии)	403
Л. РОЙТЕР/К. ВИЛЛЕ — Принятие уголовного преследования в правовом обороте по уголовным делам между ГДР и другими социалистическими государствами	405
Народное представительство и законность	
Х. ХАРРЛАНД — Сотрудничество прокуратуры с местными государственными органами	408
750-летие Берлина	
Право и юстиция в истории Берлина хроника (часть 6)	410
Государство и право в условиях империализма	
М. ПРЕМСЛЕР — Тенденции развития современного буржуазного трудового права (окончание)	414
На обсуждение	
Р. ШРЕДЕР/й. АРНОЛЬД — О принципе «в случае сомнения дело решается в пользу обвиняемого» и о выяснении личности преступника в судебном следствии	416
Сообщения	
Х. ВИЛЛАМОВСКИ/Б. МИТТЕЛШТЭДТ — Европейский семинар о применении компьютеров в уголовном правосудии	419
Опыт из практики	
М. БЕЗЕ — Обеспечение высокой эффективности предупреждения преступности несовершеннолетних и борьбы с ней	420
А. ФОЙЕРШТАКЕ — Частное определение суда в целях надлежащего осуществления материальной ответственности по трудовому праву	421
П. К. ШВАЙЦЕР — Нотариальная деятельность в учреждениях здравоохранения и социального обеспечения	422
Правосудие по трудовому, семейному, гражданскому и уголовному праву	423
Übersetzung: Erika Hoffmann, Berlin /	

CONTENTS

GDR lawyers support international appeal of lawyers against nuclear war (Statement of GDR lawyers)	390
Wolfgang Weichelt: October revolution and socialist democracy	392
Gunter Wendland: General amnesty - expression of legal security and humanism	396
Erich Buchholz: Abolition of death penalty in the GDR	398
Wolfgang Peller: Personal computers in courts and notaries' offices	401
Bernd Frey: Termination of a delegation contract under labour law (concerning temporary employment in another enterprise)	403
Lothar Reuter / Karola Wille: Taking over criminal prosecution due to legal assistance schemes between the GDR and other socialist states	405
People's representative bodies and legality	
Harri Harland: Cooperation of prosecutors and local government authorities	408
750 years of Berlin	
Law and justice in Berlin history - A chronicle (Part 6)	410
State and law in imperialism	
Manfred Premssler: Trends of development in current bourgeois labour law (end)	414
For discussion	
Rolf Schroeder / Joerg Arnold: On the principle "in dubio pro reo" and the inquiry into the offender's personality when taking evidence in court	416
Reports	
Horst Willamowski / Bernd Mittelstaedt: European seminar on the employment of computers in criminal justice	419
Practical experiences	
Manfred Boese: Safeguarding high effectiveness of prevention and control of juvenile delinquency	420
Alwin Feuerstacke: Criticism from the bench regarding correct enforcement of material responsibility under labour law	421
Peter C. Schweizer: Notaries' work in health and social service institutions	422
Jurisdiction in labour law, family, civil and criminal matters	
Übersetzung: Angela Ballaschk, Berlin	